

Lateinamerikanisches Krisenmanagement

Nach Jahren anhaltenden Wachstums gerät Lateinamerikas Wirtschaft jetzt immer stärker in den Sog der globalen Finanzkrise. Die schlechten Konjunkturnachrichten häuften sich und die gesamtwirtschaftlichen Wachstumsaussichten für 2009 werden fast im Wochenrhythmus nach unten korrigiert. Für Brasilien, die größte Volkswirtschaft der Region, hat der Internationale Währungsfonds (IWF) Ende Januar 2009 seine Projektion der diesjährigen Zuwachsrates des Bruttoinlandsprodukts (BIP) auf 1,8% gesenkt; im November 2008 waren es noch 3,0%, im Oktober 2008 sogar 3,5%. Mexikos Wirtschaft, die Nr. 2 in Lateinamerika, droht ein Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung um 0,3%. Bei deutlich verschlechterten außenwirtschaftlichen Bedingungen und erhöhter Inflationsgefahr wird sich in allen Ländern der Region das Wirtschaftswachstum erheblich abschwächen. Um die negativen Auswirkungen der weltwirtschaftlichen Turbulenzen zu begrenzen, ist jetzt entschlossenes wirtschafts- und finanzpolitisches Krisenmanagement gefragt.

TEXT: PROF. DR. HARTMUT SANGMEISTER*

Trägerische Ruhe vor dem Sturm

2008 war für die Wirtschaft Lateinamerikas das sechste Jahr in Folge mit robustem gesamtwirtschaftlichem Wachstum. Eine Expansionsphase von solcher Dauer hat es in der neueren Wirtschaftsgeschichte der Region selten zuvor gegeben. Bei einem

Zuwachs des lateinamerikanischen BIP von fast 5% gegenüber dem Vorjahr erhöhte sich das regionale Pro-Kopf-Einkommen um mehr als 3%. Lateinamerikanische Exporteure profitierten von hohen Weltmarktpreisen für Rohstoffe und Agrarprodukte, und die zentralen Devisenreserven der lateinamerikanischen Zentralbanken

erreichten zur Jahresmitte 2008 insgesamt etwa 15% des regionalen BIP und damit rund das Fünffache der kurzfristigen Auslandsschulden der Region. Vor diesem Hintergrund herrschte in den meisten lateinamerikanischen Ländern während der ersten Monate des Jahres 2008 die Zuversicht vor, dass sich die Auswirkungen

ANZEIGE



**Dynamische Töchter.
Uma prole dinâmica.**

Eine leistungsstarke Mutter, zwei dynamische Töchter der TÜV Rheinland Group. Vor Ort. Für Ihren Erfolg.
Uma matriz forte, com dois braços potentes. Presença local. Para o seu sucesso.

<p>TÜV Rheinland do Brasil Ltda.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Industrie Service • Produktsicherheit • Lebensmittelsicherheit • Zertifizierung Managementssysteme 	<ul style="list-style-type: none"> • Serviço para indústria • Segurança de produtos • Segurança de alimentos • Certificação de sistemas 	<p>DUCTOR S.A.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Projektimplementierung • Projektmanagement • Projektüberwachung <p>auf den Gebieten Industrieanlagen, Eisen- und U-Bahnen, Flughäfen, Stadtinfrastruktur und Straßenbau</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Implementação de projetos • Administração de projetos • Monitorização de projetos <p>de instalações industriais, de ferrovias e metrô, de aeroportos, de infra-estruturas de cidades e de obras rodoviárias.</p>
--	---	---	--

TÜV Rheinland do Brasil Ltda., Avenida Paulista 302, São Paulo
 DUCTOR S.A., Avenida Quilroz Filho 767, São Paulo
 www.tuvbrasil.com.br - www.ductor.com.br



der internationalen Finanzkrise auf die Industrieländer beschränken würden. Ohnehin galten nach den Kriterien des IWF von den größeren Volkswirtschaften der Region lediglich Argentinien und Venezuela als anfällig für externe Finanzmarktschocks.

Noch im September 2008 beantwortete der brasilianische Staatspräsident Luiz Inácio Lula da Silva Fragen von Journalisten nach den Auswirkungen der globalen Finanzkrise auf sein Land mit der rhetorischen Gegenfrage: „Krise? Welche Krise?“. Nur wenige Wochen später, Anfang November 2008, bei dem Krisentreffen der Finanzminister und Notenbankchefs der G-20, war seine Diagnose allerdings schon realistischer als er konstatierte, dass die globale Finanzarchitektur zusammengebrochen sei wie ein Kartenhaus. Zuvor hatte Brasiliens Präsident bei anderer Gelegenheit von den USA und den reichen Ländern gefordert, sie müssten helfen, Schaden von den Entwicklungsländern abzuwenden, damit diese nicht Opfer des von der US-Wirtschaft errichteten Kasinos würden.

Spätestens nach dem 15. September 2008, dem Tag, an dem die Investmentbank Lehman Brothers Inc. zusammenbrach, wurden auch die lateinamerikanischen Finanzmärkte in den globalen Abwärtsstrudel mitgerissen. An der Börse in São Paulo musste mehrfach der Handel ausgesetzt werden, da die Flucht verunsicherter Anleger zu einem freien Fall des Kursindex geführt hatte. Der 29. September 2008 war aber nicht nur für São Paulo, dem wichtigsten Finanzplatz Lateinamerikas, ein „Schwarzer Montag“, dieser Tag war auch für die Börsen in Argentinien, Chile, Mexiko und Peru ein „Lunes Negro“ mit Kursverlusten an einem einzigen Tag wie seit fast einem Jahrzehnt nicht mehr. In Folge der Kurseinbrüche sank die Marktkapitalisierung der 392 an der Bolsa de Valores de São Paulo notierten Unternehmen binnen eines Jahres um rund 45%. In Argentinien büßten private Pensionsfonds innerhalb von zwölf Monaten 20% ihrer Vermögenswerte

ein, die aus argentinischen Staatsanleihen, Aktien und Einlagen in Investmentfonds bestehen. Auch in Chile verlor der Index der Börsenkurse in einem Jahr mehr als 40 Prozentpunkte. In Mexiko sank der Kursindex allein im vierten Quartal (Q4) um über 70 Prozentpunkte gegenüber dem Vorquartal (Q3-2008). An allen wichtigen Börsenplätzen Lateinamerikas sind die Kurse im Verlauf des Jahres 2008 abgestürzt (vgl. Abbildung 1); bis zum Jahresende 2008 war das durchschnittliche Kursniveau an den Börsen der Region auf den Stand von Mitte 2005 gesunken.

Trübe wirtschaftliche Aussichten für 2009

Der IWF sieht in seiner aktuellsten Prognose für 2009 in Lateinamerika nur noch einen Zuwachs der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung von 1,1%. In den acht größten Volkswirtschaften des Subkontinents, auf die zusammen mehr als 90% der regionalen Wertschöpfung entfallen, muss mit einem Rückgang der Zuwachsraten des BIP um mehr als die Hälfte gerechnet werden (vgl. Abbildung 2). Gleichzeitig besteht erheblicher Inflationsdruck und in den Leistungsbilanzen bisheriger Überschussländer zeichnet sich in Folge des Preisverfalls bei wichtigen Exportgütern ein Defizit ab. Zudem droht ein weiterer

Rückgang der ausländischen Kapitalzuflüsse nach Lateinamerika, die sich bereits 2008 fast halbiert haben. Die Risikozuschläge für lateinamerikanische Staatsanleihen sind seit Mitte September 2008 stark gestiegen, mit mehr als 1.000 Basispunkten besonders drastisch im Fall Argentinien und Venezuela.

Mit wirtschafts- und finanzpolitischen Sonderprogrammen versuchen jetzt die Regierungen in vielen Ländern Lateinamerikas, die negativen Auswirkungen der globalen Krise auf die eigene Wirtschaft zu begrenzen und die gesamtwirtschaftliche Situation zu stabilisieren. Dabei gilt trotz aller Integrationsrhetorik das Motto „Rette sich, wer kann – auch auf Kosten des Nachbarn“! Konzertierte geld- und währungspolitische Aktionen der lateinamerikanischen Regierungen sind bislang nicht in Sicht. Eine gemeinsame lateinamerikanische Antwort auf die Krise ist auch wenig wahrscheinlich, da sich die Regierungen an zu unterschiedlichen wirtschaftspolitischen Paradigmen orientieren.

Für die argentinische Wirtschaft, die sich nach Einschätzung privater Forschungsinstitute bereits in einer tiefen Rezession befindet, hat die Regierung ein umfangreiches Konjunkturpaket beschlossen; es sieht u. a. staatliche Infrastrukturinvestitionen in Höhe von US\$ 32 Mrd. vor, die Senkung der

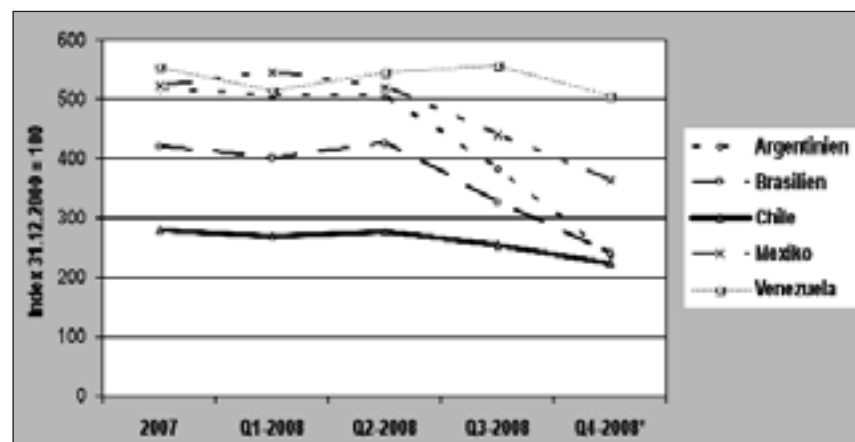


Abbildung 1:
Index der Börsenkurse in lateinamerikanischen Ländern 2007-2008 / 31.12.2009 = 100

* Stand 30.11.2008

Quelle: CEPAL, Balance preliminar de las economías de América Latina y el Caribe 2008, Santiago de Chile, Dezember 2008.

* Prof. Dr. rer. pol. Hartmut Sangmeister lehrt Entwicklungsökonomik an der Fakultät für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg und ist Leiter der Arbeitsgruppe Entwicklungspolitik des Alfred-Weber-Instituts für Wirtschaftswissenschaften der Universität Heidelberg.
eMail: sangmeister@uni-hd.de, Homepage: www.wss.uni-heidelberg.de/epol

umstrittenen Exportsteuern für Weizen und Mais, zinsgünstige Kredite für kleinere Unternehmen und private Haushalte sowie eine Einmalzahlung von 200 Pesos für Pensionäre und Arbeitnehmer mit niedrigem Einkommen.

In Brasilien soll die Inlandsnachfrage durch steuerliche Entlastungen im Umfang von fast US\$ 4 Mrd. gestützt werden; die Zentralbank hat 2009 mit der Senkung des Leitzins von 13,75% auf 11,25% p. a. ein deutliches Signal für eine Lockerung ihrer restriktiven Geldpolitik gegeben. Die nationale Entwicklungsbank BNDES erhält zusätzliche Mittel, um das Exportgeschäft zu fördern.

In Chile kann die Regierung zur Stützung der Konjunktur auf einen in Zeiten der Hochkonjunktur gebildeten Stabilisierungsfonds von US\$ 22 Mrd. zurückgreifen und durch Ausweitung staatlicher Ausgaben Impulse zur Belebung der Wirtschaft geben; allerdings ist 2009 erstmals seit Jahren wieder mit einem Defizit im Staatshaushalt zu rechnen.

Die Regierung Kolumbiens hält an der stabilitätsorientierten Budgetpolitik fest und hat daher beschlossen, die in dem Haushaltsplan für 2009 geplanten Ausgaben um mehr als US\$ 1 Mrd. zu kürzen, mit Ausnahme der Bereiche nationale Sicherheit, Infrastruktur und Soziales. Ende Januar 2009 hat die Zentralbank den Leitzins auf 9% gesenkt und angesichts sinkender Inflationserwartungen die Möglichkeit einer noch weitergehenden Zinssenkung angedeutet.

Auch die Regierungen von Mexiko und Peru haben zur Stützung des Wirtschaftswachstums Konjunkturprogramme in Höhe von US\$ 12,5 Mrd. bzw. US\$ 3 Mrd. angekündigt, die zum großen Teil für die Finanzierung öffentlicher Infrastrukturprojekte vorgesehen sind.

Besondere Aufmerksamkeit gilt dem Krisenmanagement des venezolanischen Präsidenten Hugo Chávez, der Mitte Februar 2009 das Referendum über die unbegrenzte Wiederwahlmöglichkeit von Mandatsträgern

gewonnen hat. Zwar war seine vage Rhetorik eines „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ in den letzten Monaten nur noch wesentlich leiser zu vernehmen, aber er setzt seinen radikalen wirtschaftspolitischen Kurs fort, der für Venezuela die höchste Inflationsrate in Lateinamerika und Versorgungsengpässe bei Grundnahrungsmitteln gebracht hat. Um trotz sinkender Einnahmen von Petrodollars die großzügigen öffentlichen Ausgabenprogramme weiter finanzieren zu können, transferiert die Zentralbank mehrere Milliarden US-Dollar aus ihren Devisenreserven in den staatlichen Fondo de Desarrollo Nacional, aus dem sie für laufende Ausgaben des öffentlichen Haushalts entnommen werden.

In Ekuador hat sich die Regierung von ihren optimistischen Prognosen für das Wirtschaftswachstum verabschiedet und reagiert auf die sinkenden Einnahmen aus dem Erdölexport mit Sparmaßnahmen im öffentlichen Haushalt. Die Ausgabenkürzungen betreffen vor allem die öffentlichen Investitionen, während Ausgaben für Bildung und das Gesundheitswesen davon ausgenommen sind. Bleibt der Ölpreis weiter auf niedrigem Niveau, dann droht ein Defizit in der Handelsbilanz und die Devisenreserven werden weiter sinken, was die im Jahr 2000 vollzogene Dollarisierung in Frage stellt. Das Land ist mit einem Teil seiner Auslandsverbindlichkeiten im Zahlungsverzug und läuft Gefahr, von den internationalen Kapitalmärkten weitgehend abgeschnitten zu wer-

den. Welche weitreichenden Konsequenzen das für die Wirtschaft eines Landes hat, mussten mehr lateinamerikanische Staaten in der Vergangenheit schon einmal erfahren. Eine dieser Lehren lautet: Wird ein „Zwillingsdefizit“ in der Leistungsbilanz und in dem öffentlichen Haushalt bei gleichzeitig hohen Inflationsraten chronisch, dann droht die Situation außer Kontrolle zu geraten. Eine zweite, vielleicht noch wichtigere Lehre lautet: Kettenreaktionen, die von Finanz- und Wirtschaftskrisen ausgelöst werden, können zu einem „verlorenen Jahrzehnt“ für die Entwicklung eines Landes werden.

Den höchsten Preis werden die Armen Lateinamerikas zahlen müssen, die sich am wenigsten gegen die Auswirkungen der Krise schützen können. Die Erfolge bei dem Abbau von Armut, die während der zurückliegenden Jahre anhaltenden wirtschaftlichen Wachstums erzielt wurden, könnten innerhalb kurzer Zeit wieder zunichte gemacht werden. Vor allem in denjenigen Ländern droht die Zahl der armen Menschen krisenbedingt beträchtlich anzusteigen, die nur begrenzte institutionelle Kapazitäten für zielgruppenorientierte Unterstützungsprogramme haben, und deren fiskalische Spielräume für zusätzliche soziale Ausgaben gering sind. Dies gilt in besonderem Maße für ein Land wie Haiti, aber auch für Argentinien, Jamaika, Nicaragua, Panama oder Uruguay. ■

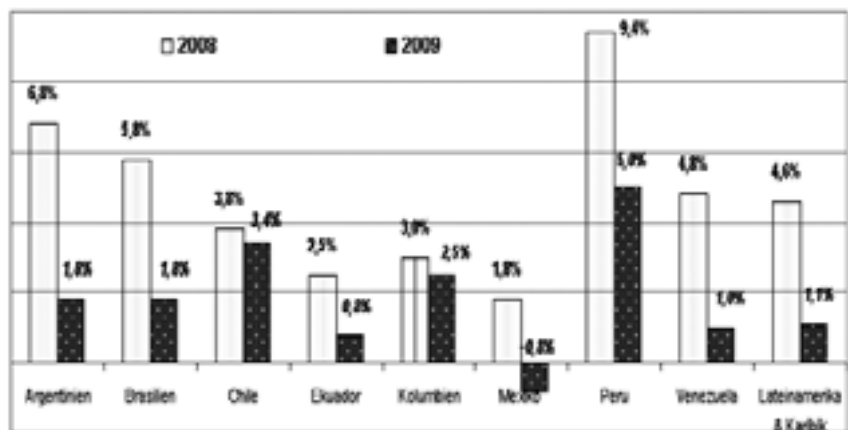


Abbildung 2: Gesamtwirtschaftliches Wachstum 2008 und Projektion 2009 Veränderung des realen BIP gegenüber dem Vorjahr in % -
 Quelle: International Monetary Fund, World Economic Outlook Update, Washington, D.C., Januar 2009; World Bank, Global Economic Prospects 2009, Washington, D.C. Dezember 2008.